

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Kultur und Medien (22. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU  
– Drucksache 20/3686 –**

**Einen Ansprechpartner für die Kreativwirtschaft wie zugesagt benennen –  
Sorgen der Kulturbranche anhören und handeln**

### **A. Problem**

Die Fraktion der CDU/CSU fordert von der Bundesregierung, sofort den im Koalitionsvertrag angekündigten Ansprechpartner für die Kultur- und Kreativwirtschaft zu benennen.

Daneben soll durch verschiedene Maßnahmen die Veranstaltungs- und Kreativwirtschaft unterstützt werden, damit sie in Zeiten von Corona-Pandemie und hohen Energiepreisen fortbestehen kann.

### **B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD.**

### **C. Alternativen**

Keine.

### **D. Kosten**

Keine.

**Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 20/3686 abzulehnen.

Berlin, den 2. Dezember 2022

**Der Ausschuss für Kultur und Medien**

**Katrin Budde**  
Vorsitzende

**Dr. Joe Weingarten**  
Berichterstatter

**Gitta Connemann**  
Berichterstatterin

**Erhard Grundl**  
Berichterstatter

**Anikó Glogowski-Merten**  
Berichterstatterin

**Martin Erwin Renner**  
Berichterstatter

**Jan Korte**  
Berichterstatter

## **Bericht der Abgeordneten Dr. Joe Weingarten, Gitta Connemann, Erhard Grundl, Anikó Glogowski-Merten, Martin Erwin Renner und Jan Korte**

### **I. Überweisung**

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 20/3686** in seiner 57. Sitzung am 29. September 2022 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Kultur und Medien überwiesen sowie zur Mitberatung an den Haushaltsausschuss, den Wirtschaftsausschuss, den Ausschuss für Gesundheit und den Ausschuss für Tourismus.

### **II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage**

Die Fraktion der CDU/CSU fordert von der Bundesregierung, sofort den im Koalitionsvertrag angekündigten Ansprechpartner für die Kultur- und Kreativwirtschaft zu benennen. An einem runden Tisch mit der Veranstaltungs- und Kreativwirtschaft sollen gemeinsam Lösungen erarbeitet werden, wie die Branche das dritte Jahr der Corona-Pandemie und die Energiekrise überstehen kann.

Die Fraktion fordert weiterhin, dem Haushaltsausschuss und dem Ausschuss für Kultur und Medien detailliert offenzulegen, wie viel Mittel aus dem Sonderfonds für Kulturveranstaltungen bislang nicht abgeflossen sind. Diese Restmittel sollen den bisherigen Antragstellern weiterhin zur Verfügung gestellt werden. Für die Mittelvergabe werden passgenauere, einfachere und bedarfsgerechtere Kriterien angestrebt.

Darüber hinaus fordert die Fraktion der CDU/CSU, dass der Bedeutung der Kunstfreiheit im Infektionsschutzgesetz Rechnung getragen werden müsse. Die Kultur- und Veranstaltungswirtschaft solle ausreichend Planungssicherheit erhalten.

### **III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse**

Der **Haushaltsausschuss** empfahl in seiner 37. Sitzung am 30. November 2022 Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU und DIE LINKE.

Der **Wirtschaftsausschuss** empfahl in seiner 30. Sitzung am 30. November 2022 Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD.

Der **Gesundheitsausschuss** empfahl in seiner 46. Sitzung am 30. November 2022 Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD.

Der **Ausschuss für Tourismus** empfahl in seiner 25. Sitzung am 30. November 2022 Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, AfD und DIE LINKE.

### **IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss**

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** befasste sich in seiner 21. Sitzung am 30. November 2022 mit dem Antrag auf Drucksache 20/3686 und empfahl Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD.

Die **Fraktion der CDU/CSU** erkannte an, dass die Nummer 1 ihres Antrags von der Bundesregierung umgesetzt worden sei und es seit 6. Oktober 2022 einen Ansprechpartner bei der Bundesregierung für die Kultur- und Kreativwirtschaft (KKW) gebe. Der Antrag habe sich damit jedoch nicht erledigt, da relevante Fragen der Branche bis dato nicht beantwortet seien. Die KKW leide nach wie vor unter dem größten wirtschaftlichen Sonderopfer infolge der Corona-Pandemie: einem de facto kontinuierlichen Lockdown und einer zweieinhalbjährigen Kurzarbeit mit dramatischen Folgen. Es fehle Liquidität, ein Großteil der Beschäftigten und es fehlten Auszubildende.

Nun ergebe sich die nächste Betroffenheit infolge der aktuellen globalen Krise. Die Fraktion der CDU/CSU sprach den Sonderfonds des Bundes für Kulturveranstaltungen an. Es sei unklar, welche finanziellen Mittel für die KKW eingesetzt würden. Es bleibe offen, wie verhindert werden könne, dass Mittel des Sonderfonds an andere Mittelempfänger überschrieben würden. Die Fraktion der CDU/CSU verlangte Auskunft darüber, wie viele Mittel aus dem Sonderfonds bislang nicht abgeflossen seien und wie diese für die Branche weiter zugänglich gemacht werden könnten. Der Bedeutung der Kunstfreiheit müsse im Infektionsschutzgesetz Rechnung getragen werden.

Die **Fraktion der SPD** argumentierte, dass es mit dem Parlamentarischen Staatssekretär (PStS) im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK), Michael Kellner, seit Oktober einen Ansprechpartner bei der Bundesregierung für die KKW gebe. Damit sei ein Punkt des Koalitionsvertrags umgesetzt worden. Der Antrag der Fraktion der CDU/CSU sei daher obsolet, die Fraktion der SPD lehne ihn ab.

Gleichwohl sehe man die im Antrag genannte überproportionale Betroffenheit einzelner Teilmärkte der KKW. Mit 1,2 Millionen Beschäftigten, einem Gesamtumsatz von 160 Milliarden Euro in 2020 und einem Anteil am Bruttoinlandsprodukt von 2,8 Prozent sei die KKW eine wichtige Branche. Zudem sei sie ein Innovationstreiber und habe gesellschaftliche Relevanz. Der PStS Michael Kellner stehe aktuell im Austausch mit den Verbänden der Branche. Hilfreich seien ein guter Informationsfluss und ein parteiübergreifender Austausch über alle Ebenen in den sich überlagernden Krisen.

Die **Fraktion der AfD** kritisierte die Fraktion der CDU/CSU, die mit ihrem Antrag vom eigenen Verschulden ablenken wolle. Die Union habe in der Vorgänger-Regierung katastrophale Maßnahmen beschlossen, nun würden deren Konsequenzen beklagt. Schon 2020 hätten Studien gezeigt, dass die KKW kein Pandemie-Treiber sei. Die Branche habe sich bis heute nicht erholen können.

Nun schwebe mit der Energiekrise ein erneutes Bedrohungsszenario über der KKW. Auch in diesem Fall seien die Antragsteller die maßgeblichen Mitverursacher. Die KKW benötige dringend Unterstützung und dürfe nicht schuldlos Leidtragende einer schlechten Politik werden. Die Bundesregierung habe sich zu lange Zeit gelassen, Abhilfe zu schaffen. Trotz des inzwischen ernannten Ansprechpartners für die KKW stehe die Branche ohne Planungssicherheit da. Der Antrag gebe zwar sinnvolle Anstöße, doch die Fraktion der AfD werde sich aufgrund der genannten Kritikpunkte der Stimme enthalten.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erläuterte, die Bundesregierung habe anders als die unionsgeführte Vorgängerregierung erkannt, dass ein Ansprechpartner bei der Bundesregierung für die KKW notwendig sei. Die Benennung habe eine Weile gedauert, doch nun gebe es mit dem PStS Michael Kellner und seinem Stellvertreter Dr. Andreas Görden, Amtschef bei der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, eine schlagkräftige Lösung. Es habe aktuell ein runder Tisch mit Vertretern der KKW stattgefunden.

Dass die Opposition die Regierung mit Anträgen antreibe, hielt die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN grundsätzlich für richtig. Dies sei besser als eine Blockadehaltung, die die Fraktion der CDU/CSU bei anderen Themen an den Tag lege. Man sei einer Meinung, dass es eine passgenaue Unterstützung für die KKW geben müsse. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN appellierte an die Vertreter der Union, die regierungsstützenden Fraktionen konstruktiv zu unterstützen und entsprechend auf die CDU/CSU-Haushaltspolitiker einzuwirken. Der Antrag der CDU/CSU-Fraktion werde abgelehnt, da die Kernforderung der Initiative obsolet sei.

Die **Fraktion DIE LINKE** kündigte an, dass sie dem Antrag zustimmen werde. Es sei gut, dass mit dem PStS Michael Kellner und seinem Stellvertreter Dr. Andreas Görden ein Ansprechpartner bei der Bundesregierung für die KKW benannt worden sei. Positiv sei auch der erste runde Tisch zu bewerten.

Die Fraktion DIE LINKE formulierte Fragen an die Bundesregierung. Sie erkundigte sich nach möglichen Zahlungen an Branchen-Rückkehrer, Überbrückungshilfen für Liquiditätsgengpässe und wollte wissen, wie viele beantragte Corona-Hilfen bisher noch nicht ausgezahlt worden seien und bis wann dies geschehen werde. Weiterhin

interessierte, ob auch privatwirtschaftliche Kulturunternehmen für gestiegene Energiekosten Mittel aus dem Sonderfonds beantragen könnten und wie die Pläne der Bundesregierung bezüglich der Neuaufgabe der Veranstalter/-innen-Förderung aussehen.

Die **Fraktion der FDP** hielt den Antrag der Fraktion der CDU/CSU für redundant, da der PStS Michael Kellner inzwischen als Ansprechpartner bei der Bundesregierung für die KKW benannt worden sei. Dies hätten auch die Liberalen vorangetrieben. Die regierungsstützenden Fraktionen machten etwa im Haushalt deutlich, dass sie die KKW nicht alleine lassen würden. Die Fraktion der FDP betonte, dass der PStS Michael Kellner daran gemessen werde, wie er die Sichtbarkeit und Aufwertung der KKW herstelle. Gleichwohl blieben auch die Parlamentarier Ansprechpartner für die Branche. Die Fraktion der FDP werde den Antrag ablehnen.

Berlin, den 2. Dezember 2022

**Dr. Joe Weingarten**  
Berichterstatter

**Gitta Connemann**  
Berichterstatterin

**Erhard Grundl**  
Berichterstatter

**Anikó Glogowski-Merten**  
Berichterstatterin

**Martin Erwin Renner**  
Berichterstatter

**Jan Korte**  
Berichterstatter





